

Artikel vom 09.11.2019

AKH Landesverband

Oetzingen neuer AKH-Landesvorsitzender



Der Arbeitskreis Hochschule und Kultur der CSU (AKH) hat einen neuen Landesvorsitzenden: Der Weidener Landtagsabgeordnete Dr. Stephan Oetzingen wurde mit 98 Prozent der Delegiertenstimmen als Nachfolger von Oliver Jörg gewählt. Jörg, seit Juni Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung, trat nach vier Jahren nicht mehr an. Im Rückblick attestierte CSU-Generalsekretär Markus Blume Jörg große Verdienste: „Die inhaltliche Arbeit ist die Urbestimmung der CSU-Arbeitskreise – mit Oliver Jörg war der AKH in seiner ganzen Bandbreite präsent: Hochschulentwicklung, Kunstförderung, aber auch der Gleichklang der Regionen.“

Für Oetzingen, seit seinem Einzug in den Landtag Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, ist letzteres grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung der ländlichen Gebiete:

Dr. Stephan Oetzingen, Landesvorsitzender des AKH

”

„Die Hochschulen vor Ort sind Innovationsmotoren für ganze Regionen – auch außerhalb der großen Zentren München und Nürnberg.“

“

Gleichzeitig sei die Kultur ein wesentlicher, weicher Standortfaktor, nicht nur Identitätsstifter.

Für große Zustimmung hat die Regierungserklärung von Ministerpräsident Markus Söder gesorgt. Der Freistaat will in den kommenden fünf Jahren insgesamt zwei Milliarden Euro für eine bayernweit angelegte High-Tech-Agenda investieren. Für Bernd Sibler, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, gilt es neben der Finanzierung der großen Vorhaben, neuer Institute und Lehrstühle auch „den Verwaltungskleinkram an den Hochschulen einzudämmen, um Kreativität und Neugier Raum zu geben.“ So sollen Wissenschaftler und Studenten Ideen und Konzepte einfacher in Start-Ups umsetzen können.

Mit mehreren Beschlüssen positionierte sich der AKH: So fordert der AK nicht nur innerparteiliche Verantwortungsträger auf, sondern auch politische Mitbewerber und Hochschulleitungen für die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit einzutreten. Die zuletzt in die Schlagzeilen geratene Generalsanierung des Deutschen Museums war für den AKH Anlass, sich hinter das Vorhaben zu stellen und Bund sowie Freistaat zu einer Einigung aufzurufen.